

Graue-Flecken-Förderrichtlinie

Ausbauziele können ohne Priorisierung nicht erreicht werden

Ohne ausreichende Priorisierung werden in Ländern und Landkreisen weniger Bürger von Gigabit profitieren, weniger Bürger Digitalisierung nutzen können und die Ausbauziele der Bundesregierung bis 2025 deutlich verfehlt werden.

Priorisierung ermöglicht jedem Bundesland, jedem Landkreis und jeder Kommune, sofort – dort, wo erforderlich – in den geförderten Ausbau auch in grauen Flecken zu gehen. Sobald eine Priorität regional abgearbeitet ist, kann sofort mit der nächsten gestartet werden. Hier scheint es auch nach dem letzten Gespräch mit den Verantwortlichen im BMVI noch immer zu Missverständnissen in der Politik zu kommen, denen entschieden entgegengetreten werden muss.

Priorisierung bedeutet auf Landkreisebene, dass zunächst die dringendsten, damit aber eben auch die am sinnvollsten förderbaren Gebiete per Markterkundung ausfindig gemacht werden können, anstatt potentiell alle Gebiete in Deutschland mit Millionen Anschlüssen gleichzeitig untersuchen und berechnen zu müssen.

Priorisierung bedeutet nie den Ausschluss einer Kommune, die bereits eine höhere Priorität abgearbeitet hat. Es bedeutet lediglich ein Nacheinander und solidarisches Nebeneinander und schützt jede Kommune wie auch die ausbauenden Unternehmen vor einem völlig unkonditionierten Wettlauf gegen Fördermittel anderer Kommunen oder anderer Bundesländer.

Priorisierung hilft, bedarfsgerechten und eigenwirtschaftlichen Ausbau in ein sinnvolles Verhältnis zu gefördertem Ausbau zu setzen. Förderung kann so besser auf Gebiete beschränkt werden, in denen sie wirklich erforderlich ist. Dies gilt auch für schon überwiegend mit gigabitfähigen HFC-Netzen versorgte Gebiete, da einzelne Versorgungslücken in der Regel perspektivisch eigenwirtschaftlich geschlossen werden können.

Priorisierung beschleunigt den Ausbau überall gleichermaßen, denn geförderter Ausbau ist nicht nur deutlich bürokratischer und damit teurer, sondern aufgrund der erforderlichen Vergabeverfahren auch deutlich langsamer als eigenwirtschaftlicher Ausbau.

Priorisierung bis 2023 bedeutet, dass erst die weißen Flecken einer Gemeinde – mit sinnvoller und angemessener Arrondierungsmöglichkeit – erschlossen sein müssen, bevor andere, nicht mit 100 Mbit/s versorgte Gebiete in die Markterkundung gehen.

Priorisierung bei einer Obergrenze von 100 Mbit/s bedeutet z. B., dass zuerst in bereits teilweise eigenwirtschaftlich ausgebauten Gemeinden Lücken geschlossen und zuerst Gemeinden markterkundet werden, die im Durchschnitt bestimmte Anschlusslängen pro Haushalt nicht unter-, aber auch nicht überschreiten.

Priorisierung von sozioökonomischen Treibern ist ebenso erforderlich, denn nur dort, wo viele Treiber pro Ausbaukilometer erreichbar sind, ergibt dies vor 2023 und einem dann ohnehin flächendeckenden Ausbau Sinn. Ein vorgezogener punktueller Ausbau ist ineffizienter und deutlich teurer. Auch Beschränkungen der Treiber auf bestimmte Bedürfnisse und Qualitäten sollte bis 2023 erwogen werden, um Fehlallokationen von Baukapazitäten zu vermeiden, die definitiv an anderer Stelle fehlen würden.

Priorisierung allein ist nicht die Lösung, aber ein zentraler Baustein. Daneben müssen verbesserte **Vorabmeldungen** von widerspruchsberechtigten Unternehmen ebenso bedacht werden wie **sinnvolle Losgrößen, verlängerte Nachfragebündelung** auch durch die Kommunen selbst und eine **Deckelung von Verfahren oder Fördermitteln.**

All diese Möglichkeiten wurden in vielen Gesprächsrunden und Papieren mit dem zuständigen Ministerium erörtert. Hier besteht enormer Spielraum für die richtige Kombination der richtigen Elemente. Dennoch bleibt diese Möglichkeit seit Monaten weitgehend ungenutzt. Ohne einen intensiven Austausch und ein gemeinsames Ringen um den besten Weg werden wir diesen nicht finden – zu Lasten der ausbauenden Unternehmen, der Kommunen, der BürgerInnen und der Digitalisierung unseres Landes – mit dauerhaft negativen Folgen für unsere Gesamtwirtschaft.

Wir müssen nicht nur **raus aus dem „Silodenken“**, sondern wir brauchen einen Förder-Beirat, der diesen Namen auch verdient. Ohne die Unternehmen, die den Ausbau wirklich stemmen sollen, machen Beratungsgremien wenig Sinn. Gerne bieten wir weiterhin unsere Mitarbeit an – auch wenn es spät ist. **Jetzt die falschen Entscheidungen zu treffen, bedeutet für viele Jahre weniger Digitalisierungschancen für Millionen von Bürgern in unserem Land.**

Berlin, 06.01.2021